

# Der Parteitag.

leicht der Oesterreichische Lloyd Waren von Spanien nach Italien führt, um damit glänzende Geschäfte zu machen, für die wir Millionen von Subventionen zahlen, sondern er muß die Schiffe in den Dienst der eigenen Volkswirtschaft stellen.

Der Krieg bedeutet den Bankrott des Imperialismus auf allen Linien. So wie sich die theoretische Lehre des Imperialismus als auf falscher Voraussetzung beruhend erwiesen hat, so hat die praktische Anwendung dieser Lehre beinahe zur Vernichtung der Menschheit und ihrer Kultur geführt.

Es ist wahr, der Kapitalismus hat große Kräfte entwickelt, aber noch mehr Kräfte hat er vergeudet; er hat Raubbau getrieben an den Naturkräften und das kostbarste Gut, das menschliche Hirn und die menschliche Arbeitskraft, ruiniert. Die Zeit des Kapitalismus ist die blutigste in der Geschichte. Die kapitalistische Klasse hat nicht nur im Frieden das Proletariat ausgewuchert und ausgehungert, sie ist auch nicht davor zurückgeschreckt, die ganze Menschheit in ein Meer von Blut und Elend zu tauchen.

Und wenn wir heute, nach fast dreieinhalb Jahren, nach dem Resultat fragen, so ist das Ergebnis Null. Der Krieg war zwecklos. Die Monopolstellung, die die Staaten wollten, haben sie nicht erlangt, die Niederrückung der Konkurrenz ist nicht gelungen. Dafür haben sie aus der Erde eine Wüste gemacht. Nur den einen Vorteil hat der Krieg: Dadurch, daß er ergebnislos ausgegangen ist, hat er sich selbst ad absurdum geführt, vielleicht hat er sich selbst beseitigt.

### Vorstufe des Sozialismus.

Unsere Meinung, daß die Träume großer Philosophen und Philanthropen vom „ewigen Frieden“ im Zeitalter des Kapitalismus unerfüllbar sind, hat sich als richtig erwiesen und eine andere Lehre wird die Zeit nach dem Kriege bestätigen; daß, wenn man dauernden Frieden haben will, man zuerst die ökonomischen Voraussetzungen schaffen muß. Der internationale Zusammenschluß zum Zwecke der Regelung der Volkswirtschaft, der einverständlichen vertraglichen und vertraglichen Ausbeutung der Schätze der Erde muß kommen, nicht damit einer reich werde auf Kosten der anderen, sondern damit die Gesamtheit reich werde. Es muß zu einer internationalen Organisation der Produktion und des Absatzes kommen. Das ist noch nicht der Sozialismus, es ist aber als eine Vorstufe des Sozialismus zu betrachten.

Die Menschheit hat im Kriege gelernt, ist während des Krieges von der Ahnung angewandelt worden von jenem Segen, den eine gesellschaftliche Bewirtschaftung der Produktion mit sich bringt. Sie haben zwar unsere Methoden falsch abgelehnt, haben den Sozialismus nicht verstanden, aber sie haben gelernt, daß es eine unendliche Fülle von Kräften gibt, die der Kapitalismus nicht entfalten kann und die die Organisation des Kapitalismus geradezu in ihrer Entwicklung verhindert. Sie haben gelernt, daß, wenn sie entfesselt werden, das Emporblühen der Gesellschaft in noch höherem Grade als früher eintreten wird. Es wird sich nach dem Kriege zweifellos eine Abspaltung der Welt von den Methoden der Technik und der Weltanschauung des Kapitalismus geltend machen. Das Streben nach Gemeinnutzen wird erwachen und in der Tiefe der Seele der Menschheit wird ein Sehnen nach irgend einer Ordnung erwachen, die die Befreiung von diesem Joch bringt, der auf der Menschheit insolge des Kapitalismus lastet. Auf diesem Weg die Menschheit zu führen, die Lehren des Krieges umzusetzen in die Tendenz einer höheren Entwicklung der Menschheit, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie nach dem Kriege, und wir dürfen wohl hoffen und die Ueberzeugung aussprechen: Aus den Trümmern dieses Krieges wird die Menschheit sich neu erheben unter der Fahne des Sozialismus! (Lebhafte Beifall.)

### Das Arbeitsverhältnis.

Berichterstatter Abgeordneter Domes:

Die ganze österreichische Arbeiterschaft stellt an die Regierung und an das Parlament durch diesen Parteitag die Forderung: Weg mit dem Ausnahmezustand, unter dem die Arbeiterschaft während des ganzen Krieges so furchtbar gelitten hat. Im Jahre 1912 hat das Parlament das Kriegszeitgesetz beschlossen, die Gefahren eines Krieges waren schon damals sichtbar. Zwischen Tür und Angel wurde das Gesetz angeprochen mit der Begründung, daß für den Fall des Krieges die Produktion für die Bedürfnisse des Krieges unter allen Umständen gesichert werden müsse. Und dieser Produktion müsse die Arbeiterschaft unbedingt gesichert werden. Ich weiß zwar nicht, ob die Produktion gefährdet war durch Hindernisse, die ihr die Arbeiter bereitet hätten. Während des ganzen Krieges ist die Produktion niemals gestört worden, wenn nicht die Unternehmer selbst diese Störung aus kapitalistischer Profitgier hervorgerufen haben. Natürlich aber wollen es die Arbeiter nicht verstehen, daß sie roboten, um den Kriegsgewinnern zuzufriedenzustellen. Sie wollen in den staatlichen wie in den privaten Betrieben aus dem Ertrag ihrer Arbeit mindestens ihre Existenz sichern, die doch auch für die Produktion notwendig ist. Daß aber die Betriebsbesitzer darauf Rücksicht genommen hätten, das haben wir während des Krieges niemals wahrnehmen können. Das Gegenteil war der Fall. Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, als das Kriegszeitgesetz praktisch in Wirksamkeit trat, wurde die Freizügigkeit der Arbeiter aufgehoben, die Lohn- und Tarifverträge wurden kassiert, die Arbeitszeit ausgedehnt und die Kriegsinteressenten erwirkten beim Kriegsministerium besondere Erlasse, wonach sie in ihren Fabriken unbeschränkt schalten und walten konnten. Die Arbeitszeit in den Fabriken wurde auf 16, 18, 24 und sogar auch auf 48 Stunden ausgedehnt, bis die Arbeiter in den Betrieben buchstäblich zusammenbrachen. Daneben wurden aber die Löhne reduziert. Das Kriegszeitgesetz hatte allerdings dafür gesorgt, daß die Arbeiter unbedingt arbeiten müssen, aber nicht dafür, daß die Arbeiter bei dieser Arbeit auch die Möglichkeit haben, zu existieren, und es hat nicht dafür gesorgt, daß den profitlüsternen Fabrikanten, die am Kriege ohnehin genug verdienen, die Möglichkeit genommen wird, ihre Profite noch dadurch zu erhöhen, daß sie die Arbeiter noch mehr drücken. Auf dem Arbeitertag, der am 5. November stattgefunden hat, wurde über die Behandlung der Kriegskriegler ausführlich gesprochen. Hier sei nur kurz einiges wiederholt. Am schwersten und am schmerzhaftesten sind überall die Bergarbeiter behandelt worden. Im Jahre 1916 stellten einige Bergarbeiter in Schussdorf in Steiermark Lohnforderungen an die Grubenbesitzer. Als sie abgewiesen wurden, stellten sie die Arbeit ein. Der militärische Leiter richtete darauf an das militärische Kommando eine Eingabe, worin er die Angaben der Arbeiter, daß sie mit den Löhnen außerstande sind zu leben, bestätigte und forderte, daß ihre Löhne erhöht werden. Trotdem wurden die Forderungen abgelehnt. Da sie aber die Arbeit verweigert hatten, wurde das standrechtliche Verfahren eingeschleitet. Aber nicht nur akademisch. Siebzehn Bergarbeiter wurden von der standrechtlichen Gerichtsbarkeit einvernommen, der Galgen wurde aufgestellt, die Pfähle wurden in die Erde eingeschlagen — für die Arbeiter, die sich geweigert hatten, die Profitgier der Alpinen Montangesellschaft zu befriedigen; nachdem das aber so weit gediehen war, wurden die Arbeiter wieder gefragt, ob sie arbeiten wollen. Angesichts dieser Tatsachen saßen die Arbeiter: Wir

haben die Arbeit nicht verweigert, wir haben nur verlangt, daß man uns einen Lohn gewähre, der uns das Arbeiten möglich macht. Darauf wurde das standrechtliche Verfahren eingeschleitet und das gewöhnliche militärgerichtliche Verfahren setzte ein. Die Arbeiter wurden zu sechzehn, siebzehn und achtzehn Monaten Kerker verurteilt. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.)

Die Produktion in den Bergwerksbetrieben hat sich gesteigert. In den Jahren 1915 und 1916 haben die Gruben mehr Kohlen gefördert, aber die Löhne sind reduziert worden. Im Ostrauer Revier wurden Arbeiter, die sich weigerten, einer Verringerung der Löhne zuzustimmen, von Soldaten gefangen und auf das Wachtzimmer geführt: im Wachtzimmer wurden sie auf die Bank gelegt, von Soldaten gehalten und es wurden ihnen fünf und zwanzig Stockreie verabreicht. (Lebhafte Rufe der Entrüstung.) Für die Fabrikanten ist der Krieg eine ungeheuer günstige Konjunktur. Vor dem Kriege hatten die Industrie und ihre Besitzer mit der Konkurrenz zu rechnen. Während des Krieges war der Fabrikant von dieser Konkurrenz befreit, die auf die Preise drückte. Die österreichische Industrie hat dem Staat also einfach die Preise diktiert, der Staat hat diese Preise akzeptiert. Und wir, die Gesamtheit des Volkes, werden sie jetzt und in der Zukunft bezahlen. Die Arbeiter aller Kategorien aber waren den kapitalistischen Interessenten wehrlos ausgeliefert. Und jeder, der sich wehrt und sich dabei etwa auf die Bestimmungen des Kriegszeitgesetzes beruft, die ihn schützen, hat zu gewärtigen, daß er als Meuterer, als Verbrecher wider die Kriegsmacht des Staates bestraft wird.

In den großen Munitionsgebieten wurden die Arbeiter, nach denen der Bedarf immer größer geworden war, schließlich auch aus dem Felde zurückberufen und als sogenannte Kommandierte in die Kriegszeitbetriebe gestellt. Sie blieben im Militärverhältnis und die Fabrikanten zogen daraus die Konsequenz, daß sie mit ihnen nun machen können, was sie wollen. Man zahlte ihnen nicht etwa nur die ungenügenden Löhne, sondern kürzte sie noch erheblich. Sie bezogen oft noch weniger als die Hälfte des Lohnes der Kriegszeitler und konnten sich dagegen nicht wehren. Sie konnten sich nirgends beschweren, denn es war keine Einrichtung dazu da. Man wunderte sich, daß Hunderttausende Arbeiter die Vergewaltigungen, denen sie während des ganzen Krieges ausgesetzt waren, ertragen konnten. (So ist es!) Ich frage gar nicht, ob sie sie ertragen konnten oder nicht. Der Kommandierte war immer der Gefahr ausgesetzt, als Meuterer vor die Militärgerichtsbarkeit gestellt zu werden, sobald er seinen Rechtsanspruch geltend machte. Auch heute noch! Das ist eine ganz gewöhnliche Einrichtung, daß, wenn der Arbeiter auf sein Recht pocht, er mit dem „Einrückendmachen“ gefaßt wird. Das geschieht, obwohl der Landesverteidigungsminister erklärt hat, es gibt kein strafbares Einrückendmachen; es geschieht täglich und vor kurzem ist es in vielen Betrieben der Metallindustrie und des Bergbaues wieder geschehen. Auch den Betriebsbesitzern in Desz wurde bei einer Beschwerde damit gedroht. Aber die Leute, die ihr Recht auf einen angemessenen Lohn haben, rücken nicht bloß zur Front ein, es folgt ihnen in der Regel ein Steckbrief nach in Form eines Dienstzettels, auf dem es heißt: Er ist ein Sozialist oder ein Aufwiegler oder ein Heher, oder er ist politisch verdächtig oder er ist politisch unverläßlich.

Andere wieder wurden als „Landsturmarbeiter“ erklärt — mit Soldatenlöhnen statt mit Arbeiterlöhnen! Diese Leute haben sich bei den inzwischen ins Leben gerufenen Beschwerde-Kommissionen beklagt, aber die Kommission erklärte sich für inkompetent, weil im Kriegszeitgesetz und in der kaiserlichen Verordnung der Begriff Landsturmarbeiter nicht existiert. Soweit die Kommissionen imstande sind, ein Gutachten abzugeben, geht es dahin, daß diese Arbeiter Kriegszeitler sind und Anspruch auf den normalmäßigen Lohn haben. Dieses Gutachten ist an das Kriegsministerium und an das Landesverteidigungsministerium gegangen. Die Arbeiter haben inzwischen wieder geklagt, Klagen wiederholt. Seit drei Jahren hat sich aber an ihrem Verhältnis nichts geändert, sie sind Landsturmarbeiter geblieben.

Wo ist bei uns Recht und Gerechtigkeit? Man hat der Arbeiterschaft alles genommen, was zur Verteidigung ihrer Existenz gegenüber den Kriegsgewinnern notwendig ist. Wir haben denn auch bemerkt können, daß sich Hunderttausende von Arbeitern in allen Industriegebieten gegen das Gewaltsystem zu wehren begannen. Man sollte glauben, wenn die Erregung der Arbeiterschaft so häufig sichtbar wird, daß die Behörden nun doch endlich unterzogen werden, welche Ursache denn diesem Empörungsausbruch zugrunde liegt. Das hat man nicht getan, das ist man mit der Militarisierung der Betriebe vorgegangen, um die Arbeiter unter allen Umständen unter die Militärgerichtsbarkeit zu bringen.

Das Parlament hat mit den Militärgerichten im Hinterland außerdem, die Militärgerichte existieren im allgemeinen im Hinterland nicht mehr. Aber für die Arbeiter sind die Militärgerichte erst recht besonders wirksam gemacht worden. Jeder Arbeiter, der sich im militarisierten Betrieb etwa entfernt, gegen Vergewaltigung, gegen Lohnreduzierungen Widerspruch erhebt, sich gegen gewalttätige Maßnahmen wehrt, wird vor das Militärgericht gestellt, wie es kürzlich wieder in einem besonderen Beispiel festgelegt wurde. Die Industriellen laufen zum Kriegsminister, teilen dort den Herren mit, die Forderungen der Arbeiter wären geeignet, die Kraft der Kriegsmacht zu schwächen, weil die Unternehmer nicht in der Lage seien, so hohe Löhne zu bezahlen, und wenn die Kommissionen entscheiden, daß die Forderungen entsprechen, dann gehe die Produktion zurück und dieses Zurückgehen der Produktion gefährde den Krieg. Genau so wie im Anfang des Krieges die Kriegskindheiten von der Kriegsverwaltung unter das Kriegszeitgesetz gestellt wurde, genau so wird jetzt die Militarisierung verlangt. Die Militarisierung beschränkt sich aber nicht auf die Erklärung, daß soundsso viel Betriebe militarisiert sind, obwohl dafür jede gefehliche Handhabe fehlt, sondern sie hilft durch Reservatbestehle noch nach, so daß wir aus dem Militärstrafgesetz überhaupt nicht herauskommen. Es wird notwendig sein, daß die sozialdemokratische Fraktion, daß das Parlament, vor allem aber die Arbeiterschaft selbst an die verantwortlichen Stellen dieses Staates das Begehren stellt, daß dieser Ausnahmezustand und die Verbreiterung dieses Ausnahmezustandes, der durch das Kriegszeitgesetz über die Arbeiter verhängt wurde, aus der Welt geschafft wird (Lebhafte Beifall), wenn die Arbeiter unter der Last dieser Ausnahmeverfügungen nicht zusammenbrechen sollen. Man hat es verstanden, durch das Kriegszeitgesetz die Arbeiter unter das Joch zu bekommen. Es ist aber im Kriegszeitgesetz eine Bestimmung, daß auch die Fabriken von der Militärverwaltung übernommen werden können. Von dieser Bestimmung ist im ganzen Kriege keine Anwendung gemacht worden. Wenn sich ein Unternehmer auch noch so viele Uebergriffe zu Schulden kommen ließ, kein einziger Betrieb ist in die militärische Verwaltung übernommen worden, kein einziger Unternehmer mußte einrücken. Auch gegen die Lebensmittelwucherer ist der Staat vollkommen ohnmächtig. Diese haben einen Freibrief auf die räuberischste Ausbeutung und Vergewaltigung der Arbeiter. Der Zustand ist unerträglich, er ist ein Gewaltverhältnis gegenüber der Arbeiterschaft, das beseitigt werden muß, und diese

Beseitigung zu erreichen fordern wir das Parlament auf, vor allem die sozialdemokratische Fraktion. (Lebhafte Beifall.)

### Volksernährung.

Berichterstatter Ebersch:

Ich glaube, keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich feststelle, daß nicht nur die ungeheuren Opfer an Leben und Gesundheit, die unerträglich gesteigerte Entrechtung der Arbeiterschaft, sondern vor allem der völlig unzureichende Zustand unserer Volksernährung die Arbeiter revolutioniert hat, aber nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung mit tiefem Abscheu vor dem Kriege und mit heißer Friedenssehnsucht erfüllt hat. Niemand ist ein so lebendiger Anschauungsunterricht erteilt worden, daß die Fortdauer der Herrschaft des Imperialismus und Kapitalismus zur blanken Unmöglichkeit geworden ist, wie auf dem Gebiet des Ernährungswesens. Wenn wir uns nun fragen, wie wir dazu gekommen sind, in diesem Maße Hunger zu leiden, müssen wir eine Reihe von Ursachen feststellen. Soweit es sich um die verkehrte Handels- und Zollpolitik im Frieden handelt, hat Dr. Ulenbogen bereits das Nötige gesagt. Zu Beginn des Krieges haben wir alle die Anschauung gehabt, daß ein Krieg von solchem Umfang, bei einer solchen Bereitstellung von Machtmitteln unmöglich lange dauern kann. Die Regierung war dabei noch von dem Optimismus erfüllt, daß unsere Landwirtschaft in der Lage sein wird, uns in zureichender Weise zu ernähren.

Die Regierung hat es verabsäumt, rechtzeitig die nötigen Maßnahmen zu treffen, um, soweit es noch möglich war, Lebensmittel nach Oesterreich zu bringen und die Produktion zu steigern. Es haben sich wahrhaft anarchische Verhältnisse herausgebildet. Die Preise sind wahnsinnig gestiegen und die Verfaßte, durch Festsetzung von Höchstpreisen der Preisstreberei Einhalt zu tun, waren wirkungslos, denn Höchstpreise haben nur dann eine Wirkung, wenn die Lebensmittel staatlich beschlagnahmt werden.

Die Produktion hat natürlich während des Krieges eine starke Einschränkung erfahren. Wenn der Landwirtschaft Millionen Menschen entzogen werden, wenn ihr das Arbeitsvieh genommen wird, das beim Militär verhungert, weil kein Futter da ist, dann ist es ja nicht anders möglich. Die Einschränkung der Produktion führte zu einem Kampf um die Lebensmittel zwischen Mensch und Tier. Die hohen Preise für Vieh und Fleisch haben die Viehwirtschaft begünstigt, dadurch ist der Anbau von Futtermitteln gesteigert und die Nahrung für die Menschen verringert worden. Zu der Minderung der Lebensmittelproduktion in Oesterreich kommt die Beschränkung der Einfuhr aus Ungarn. Im Frieden haben wir, aus Wehl umgerechnet, jährlich 15 Millionen Meterzentner von Ungarn bezogen. Die Lieferungen aus Ungarn haben während des Krieges nur geringen Umfang und die österreichische Regierung hat es nicht vermocht, sie zu steigern, weder Vereinbarungen noch Versprechungen sind eingehalten worden. Die Lebensmittelpreise sind in Ungarn höher als in Oesterreich und das begünstigt einen Schleichhandel zu den wahnwitzigen Preisen. Für Fett werden 34, für Wehl 10 Kronen gezahlt.

Die Regierungsorgane, die in Schen und Ehrfurcht vor den Agrariern erzogen worden sind, bringen nicht darauf, daß die Landwirtschaft ihre Pflicht erfülle. Der Mangel an Gemeinnut bei den Landwirten hat sich in hohem Maße gerade im Kriege gezeigt. Die Kriegs-Großbetriebsanstalt braucht 15 Millionen Meterzentner zur Verediaanung der Nahrungsmittelversorger, aber es fehlen ihr nicht weniger als 10 Millionen. (Dort! Dort!)

Die ganze Landwirtschaft hat also höchstens fünf Millionen Meterzentner an Brotfrucht aufgebracht und die übrigen zehn Millionen, die gebraucht werden, um die Nationen für die Nahrungsmittelversorger zu betreiben, müssen wir aus dem Ausland herbeischaffen, müssen wir in Ungarn suchen. Die Quellen, die in Rumänien zu erschließen sind, scheinen erschöpft zu sein, wenigstens in beträchtlichem Maße, und wir haben nur die eine Hoffnung, wenn wir nicht verhungern wollen: das nötige Quantum an Brotgetreide aus Ungarn zu bekommen. Ungarn ist, wie ich schon betont habe, zu entsprechenden Lieferungen nach Oesterreich nicht zu bewegen, nicht nur bei Brotgetreide, sondern auch bei allen anderen Lebensmitteln. Ungarn beruft sich darauf, daß es die Versorgung des Heeres übernehmen habe. Auch im vorigen Jahre hieß es so, aber das Versprechen ist nicht erfüllt worden und in den letzten Monaten vor der Erneuerung des Bedarfs für das Militär aus der österreichischen Quote befriedigt werden. Es ist richtig, daß im Kriege das Militär ungleich mehr an Lebensmitteln verbraucht, als der Kopfquote der Soldaten in Friedensverhältnissen entspricht. Dazu kommt noch, daß ungeheure Nahrungsmittelvorräte in der Etappe aufgestapelt werden müssen. Was wir verlangen müssen, ist die Aufstellung eines Ernährungsplanes, der Deutschland, Oesterreich und Ungarn umfaßt, daß auf uns auch in Deutschland entsprechend Rücksicht genommen wird. Wir verlangen, daß die aufgeführten Lebensmittelvorräte in diesen Ländern gleichmäßig auf die Bevölkerung aufgeteilt werden. Es geht nicht an, daß sich Deutschland auf unsere Kosten bei den Bezügen aus dem Ausland bevorzugt. Wir verlangen gleichmäßige Verteilung, namentlich aber, daß in Oesterreich und Ungarn die Ernährungsverhältnisse nach gleichmäßigen Grundsätzen geregelt werden. Auch bei der Armee muß Ordnung gemacht werden, die Verpflegung der Offiziere ist eine Lururie und steht in schreiendem Gegensatz zur Verpflegung der Mannschaft. Die Regierung hat die Anwendung von Machtmitteln unterlassen, um die Agrarier zur Erfüllung ihrer Verpflichtung zu zwingen, und auch im vierten Kriegsjahr ist sich die Regierung Seidler über den Wert der staatlichen Bewirtschaftung noch nicht klar gewesen. Sie hat mit Umgehung des Ernährungsrates eine Ernährungssequenete einberufen, um darüber zu diskutieren, ob in der staatlichen Bewirtschaftung der Lebensmittel fortzuschreiten oder der Handel wieder freizugeben ist. Die Regierung hat in der Kartoffelfrage einer in Kraft stehenden Verordnung moralisch den Kraken gebrochen durch vertrauliche Verhandlungen mit den Agrariern. Es ist eine Kartoffelverordnung erschienen, die die strenge staatliche Bewirtschaftung der Kartoffeln zum Gegenstand hat. Die Agrarier sind gegen diese Verordnung Sturm gelaufen. Die Regierung hat sich insgeheim bereit erklärt, sich mit einem Kontingent von zwanzig Millionen Meterzentner zufriedenzustellen, davon waren siebzehn Millionen für die Zivilbevölkerung, drei Millionen für das Militärärar berechnet, und die restlichen Kartoffeln dem Handel freizugeben. Wenn die Regierung solche Kompromisse macht, ihre eigenen Verordnungen im Stiche läßt, kann man von den Agrariern nicht verlangen, daß sie die Verordnungen respektieren.

Ein weiterer Uebelstand ist es, daß die Kriegsverwaltung ihre Dispositionen ohne Rücksicht auf die Ernährungsbedürfnisse der Zivilbevölkerung trifft. Die Ernährungsfrage ist auch in hohem Grade eine Transportfrage. Wir waren schon oft in Situationen, daß wir Lebensmittel hatten, aber nicht die Fahrtrienismittel. Jetzt sind die Kartoffeln zu verfrachten — wenn das nicht rechtzeitig geschieht, gibt es, wenn Frühe ein-treten, keine Kartoffeltransporte mehr; jetzt ist die Mühe in die Zuckerfabriken zu bringen, wir brauchen auch mehr Kohlen als sonst, und gerade jetzt werden die Bahnen vom Militär in Anspruch genommen. Wir hören, daß Kartoffeln in den Stationen im